



Polizisten müssen stark sein ...?

Von Birgit Ligotzky, Landesjugendvorsitzende



Anzeige macht ja doch keinen Sinn – leider wird eh so gut wie alles eingestellt. Die Hemmschwellen unseres Gegenübers sind niedrig wie nie, und die Gewalt gegen Polizeibeamte ist exorbitant gestiegen.

Solche und ähnliche Fälle passieren immer öfter und wir fragen uns, wo da die Rückendeckung des Dienstherrn bleibt? Leider gibt es auch bei uns schwarze Schafe, die auch bestraft und bei entsprechender Schwere entlassen werden müssen. Aber der allergrößte Teil der Kollegen macht einen wirklich guten Job, bringt viel Motivation mit und schiebt Überstunden vor sich her,

trotz der Nullrunde 2011

trotz der verspäteten Übernahme des Tarifabschlusses auf den Beamtenbereich mit 1,9% seit 1. Januar 2012 und weiteren 1,5% zum 1. November 2012 ohne Einmalzahlung!

Bei einer Teuerung von 3% kommt dies einer Nullrunde gleich!

trotz des von der Politik verordneten Sparkurses und dem daraus resultierenden jahrelangen, dilettantischen Einstellungskonzeptes, durch den die Dienststellen flächendeckend unter dem inzwischen verheerenden Personalmangel leiden!

Sicherlich wurden 2010 gleich 1000 zusätzliche Stellen geschaffen, aber die werden im März 2013 erst mal nur auf dem Papier in Form von neuen Sollstellen zugeteilt! Die jetzt im August vorzeitig, ohne Einsatzstufe in die Inspektionen abgegebenen Kolleginnen und Kollegen aus der Rückführung der 42-Stunden-Woche, sind bislang nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Situation entspannt sich dadurch keineswegs, steht ja die nächste große Pensionierungswelle an und die Regierung überlegt, wieder weniger einzustellen.

Der Freistaat zieht sich zudem schon seit Jahrzehnten aus der Verantwortung, indem er den Rechtsschutz für seine Mitarbeiter auf die Gewerkschaften abschiebt. Es wurde heuer ein Einlenken signalisiert – schauen wir mal, was da als Vorschlag kommt.

Wir leisten tapfer und oft auch krank unseren Dienst, weil wir unsere Kollegen, die unsere Arbeit machen müssen wenn wir ausfallen, nicht im Stich lassen wollen. Trotz dieser Loyalität gegenüber der Dienststelle und der Kollegen steigt die Zahl der Kollegen, die aufgrund von Burnout und Überlastung nur noch eingeschränkt oder gar nicht mehr dienstfähig sind, stetig an.

Hinzu kommt die oft negative Darstellung der Polizei seitens der Medien. Wird ein Beamter/-in verletzt oder getötet, muss man die Berichterstattung in vielen Fällen regelrecht suchen. Wird dagegen ein/e Verdächtige/-r vermeintlich ungerecht behandelt, wird dies in einer aufreißerischen Art und Weise über die Medien verbreitet. Da wird über den in Bayern so verhassten „Täterschutz“ geredet, dabei verhalten sich die Medien in vielen Fällen nicht anders.

Wir sind Menschen, die fühlen, die ihr Leben für das Wohl anderer einsetzen.

Wir sind keine Maschinen, die nach einem Ersatzteiletausch wieder funktionieren. Diese jahrelange Überbelastung wird ihre Nachwirkungen noch zeigen. Wo das Ganze hinführen wird, lässt sich nicht absehen. Aber wir als Junge Gruppe gehen mit diesen und weiteren Anliegen erneut in den Landtag und kämpfen dafür, dass sich die Situation für uns Schandis verbessert.

GdP – bei uns stehst **Du** im Mittelpunkt!

Polizisten sollen stark sein, ihren Job machen, sich ja nicht von Gefühlen leiten lassen.

Polizisten müssen in sekundenbruchteilen Entscheidungen fällen, für deren Prüfung die Gerichte im Nachgang wochenlang Zeit haben ...

... zwei Kollegen unterstützen das Landratsamt bei einer Einweisung. Der vermutlich psychisch kranke Mann schlägt mit einem Hammer auf einen der Polizisten ein, worauf sein Kollege die Waffe zieht und den Mann erschießt. Die Staatsanwaltschaft teilte auf Nachfrage mit, dass sie ein Verfahren wegen Totschlags eingeleitet habe. Das Ermittlungen getätigt werden müssen ist klar, aber für die Kollegen sieht es im ersten Moment aus, als würde man ihr Handeln in Frage stellen.

Wir lassen uns jeden Tag bespuken, beschimpfen und herumschubsen. Eine



Bericht aus dem HPR

Einen guten Verhandlungserfolg erzielte der Hauptpersonalrat mit der neuen Allgemeinen Dienstvereinbarung zur IuK-Technik, die zum 1. 7. 2012 in Kraft getreten ist. Bereits das alte Gremium hatte die bestehende und nicht mehr zeitgemäße DV gekündigt und so bestand der Zwang, bis 30. 6. 2012 zu einer Einigung zwischen Innenministerium und HPR zu kommen, sonst wäre man ohne Dienstvereinbarung und damit quasi im rechtsfreien Raum gewesen.

Lange wurde um den Hauptstreitpunkt gerungen. Stellt man offiziell den Beschäftigten einen persönlichen Speicherbereich zur Verfügung, bleibt es bei den persönlichen Mailadressen – und wenn ja, wie sieht es mit der Kontrolle aus? Der Dienstherr wollte hier aus nachvollziehbarem Grund auch die gespeicherten Daten in diesen persönlichen Bereichen kontrollieren – dies lehnte die Personalvertretung jedoch strikt ab. Da traf es sich gut, dass das Bun-

desverwaltungsgericht in einem im Mai 2012 veröffentlichten Urteil zur Inhaltskontrolle eines sog. Home-Laufwerks bei einem Zollbeamten eindeutig festgestellt hat, dass auch die Beamten/-innen wie jeder Bürger das Recht auf die informationelle Selbstbestimmung haben. Eine Inhaltskontrolle der gespeicherten Daten ist daher nur mit richterlichem Beschluss entweder nach den Vorschriften der Strafprozessordnung – oder eben im Disziplinarverfahren nach der Disziplinarordnung möglich. Da hier die Hürden für den Dienstherrn bzw. Arbeitgeber höher sind als im Arbeitsrecht, werden die Beschäftigten in der neuen DV nun hinsichtlich Datenkontrollen den Beamten/-innen gleichgestellt. Eingriffe aus Gründen der Datensicherheit und des Datenschutzes, wie der technische Einsatz von Virensuchern und Suche nach Schadsoftware sind natürlich möglich. Ansonsten muss ein konkreter Verdacht auf Straftaten bzw. Verstoß gegen die Dienst-/Arbeitspflichten bestehen, damit nach Einbindung des Personalrats (soweit dies die Aufklärung nicht gefährdet) die Daten zunächst gesichert und dann eben auch bei Vorliegen eines richterlichen Beschlusses ausgewertet werden dürfen.

Ob dieses für die Rechte der Beschäftigten positive Urteil auch für das Mail-Postfach gelten würde, war zwischen Innenministerium und HPR ein heftiger Streitpunkt. Hier brachte der Amtschef eine salomonische Lösung: Zunächst auf zwei Jahre befristet wird diese Regelung auch hinsichtlich der Mails an die persönliche Mailadresse angewandt – sollten keine Probleme auftauchen, gilt diese Proberegulung unbefristet weiter, ansonsten sind erneut Verhandlungen aufzunehmen. Damit war „die Kuh vom Eis“ und der Weg frei zur Unterschrift unter die neue DV. Grundsätzlich ist aber auch weiterhin in der DV-IuK geregelt, dass die dienstliche EDV nur für dienstliche Zwecke zu nutzen ist. Der persönliche Speicherbereich (Home-Laufwerk bzw. persönliches Mail-Postfach) gilt für dienstliche Daten, auf die jedoch nur der Dateninhaber selbst Zugriff haben soll. Typische Beispiele sind Beihilfeabrechnungen, Versetzungsgesuche, persönliche Anträge des Beschäftigten, Mails auf Sachbearbeiterebene und eben auch Mails vom und zum Personalrat.

Der GdP war es wichtig, allzu Neugierige auszusperrten – private Daten gehören nun einmal nur dem Datenbesitzer. Die

von Seiten des Dienstherrn vorgegebene Netzbelastung als Argument gegen persönliche Mails ist nach Ansicht der GdP hausgemacht – denn es wird im EDV-Bereich immer mehr zentralisiert, was ja auch im Interesse des Dienstherrn Arbeitszeit und redundante Systeme und damit Kosten erspart. Dies darf dann aber auch nicht als Argument gegen die Beschäftigten verwendet werden.

„Die GdP wehrte die Inhaltskontrolle der persönlichen Daten erfolgreich ab.“

PSch

Spitzengespräch in der Staatskanzlei

Kürzlich fand ein sog. Spitzengespräch des DGB-Bezirksvorstands mit Herrn Staatsminister Kreuzer statt. Für die GdP nahm der stv. Landesvorsitzende Peter Schall an dem Gespräch teil.

Primär ging es um die Strukturpolitik im Zusammenhang mit der Schließung von Bundeswehrstandorten im Rahmen der Bundeswehrreform sowie Auflösung von Standorten der US-Streitkräfte. Da Herr Ministerpräsident Seehofer zum Ausgleich für die betroffenen Regionen auch erneut Behördenverlagerungen ins Gespräch gebracht hatte, stellte der DGB-Vorsitzende Matthias Jena klar, dass der DGB solche Maßnahmen ablehnt. Zum einen gibt es stets Unmut der betroffenen Beschäftigten und damit Reibungsverluste, zum anderen zeigen die bisherigen Erfahrungen, dass solche Verlagerungen mit hohen Kosten verbunden und zudem aufgrund der notwendigen Fachkenntnisse nicht zielführend sind. StM Thomas Kreuzer versicherte, dass – wenn überhaupt – solche Behördenverlagerungen nur im Einzelfall angedacht sind. Polizeiliche Dienststellen sind ohnehin nicht betroffen und in erster Linie wolle man mit Strukturpolitik die betroffenen Kommunen unterstützen. Der DGB zitierte eine Landtagsanfrage aus 2002, die damals sehr hohe Kosten pro Arbeitsplatz bei der Verlagerung von Behörden festgestellt hatte und wies daraufhin, dass dieses Geld sinnvoller in Wirtschaftsfördermaßnahmen angelegt sei. Auch die GdP sieht keine sinnvollen Ansätze für eine weitere Verlagerung von Dienststellen aus dem Ballungsraum München in die Fläche.

PSch

REDAKTIONSSCHLUSS

Der Redaktionsschluss für die Ausgabe Oktober 2012 ist am 11. September 2012. Zuschriften bitte an die Redaktion.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Bayern**
Internet: www.gdpbayern.de

Geschäftsstelle:
Hansastraße 17/II, 80686 München
Telefon (0 89) 57 83 88-01
Telefax (0 89) 57 83 88-10

Redaktion:
Bernd Fink
Germaniastr. 39
80805 München
Telefon (01 71) 5 56 40 95
E-Mail: berndfink.muenchen@t-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigentell:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33 vom 1. Januar 2011.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-639X



AUS DEM TARIFBEREICH

Fachtagung „Neue Entgeltordnung“

Der Fachausschuss für Arbeits-, Tarif- und Sozialrecht lud seine Mitglieder und Personalräte für den Tarifbereich aus ganz Bayern zu einer Fachtagung der neuen Entgeltordnung zum TV-L ein. Als Referent konnte Peter Hefe aus Schwaben Süd-West gewonnen werden.

Mit Inkrafttreten des TV-L am 1. November 2006 wurden alle Beschäftigten aus ihren Vergütungsgruppen in Entgeltgruppen übergeleitet. Allerdings galten bis zum Inkrafttreten einer neuen Entgeltordnung immer noch die Tätigkeitsmerkmale des BAT. Auch für Neueingestellte galt das alte Eingruppierungsrecht.

Die Verhandlungen zu einer neuen Entgeltordnung begannen bereits mit Inkrafttreten des TV-L. In Verhandlungs-

gruppen und Arbeitsgruppen wurde daran gearbeitet, veraltete und gegenstandslos gewordene Tätigkeitsmerkmale zu „entrümpeln“. Einige Tätigkeiten

Jahren neue Berufsbilder hinzugekommen, die in die Eingruppierungsregelungen aufzunehmen waren.

Am 1. Januar 2012 trat nun die Entgeltordnung in Kraft. Hierbei handelt es sich bei diesem Werk um eine überarbeitete, modernisierte Fassung der bisherigen Eingruppierungsregelungen.

Peter Hefe erörterte vor allem die Struktur und Gliederung der Entgeltordnung, die Eingruppierungssystematik, Ausnahmen zu den bisherigen Eingruppierungsregelungen und stellte sich den Fragen der Teilnehmer.



V. l.: Adolf Lindner, Andreas Grandl, Josef Seehuber, Klaus Pfitzner, Franz-Michael Hoß, Georg Köppl, Rike Graf-Möst, Carin Heiß, Gertrud Schlichtherle, Peter Hefe, Karin Peintinger, Cornelia Rogner, Sabine Kurz, Bianca Scherbel, Michaela Mitterer

haben sich im Laufe der Jahre in ihren Anforderungen erheblich erweitert, ohne dass dies eingruppierungsrechtlich berücksichtigt wurde. Ebenfalls waren Tätigkeitsmerkmale vorhanden, die im Laufe der vergangenen Jahre entbehrlich geworden sind. Zudem sind in den letzten

Karin Peintinger

NACHRUF

Wir trauern um unsere Mitglieder

- Köhler Adalbert**, 75 Jahre, KG Bad Kissingen
- Dreger Margarete**, 84 Jahre, KG Würzburg
- Busch Josef**, 77 Jahre, KG Nordschwaben
- Löhner Kurt**, 88 Jahre, KG Hof an der Saale
- Kronwitzer Fritz**, 75 Jahre, KG Landshut
- Granger Gerald**, 57 Jahre, KG Bayreuth
- Hess Bruno**, 73 Jahre, KG Hammelburg
- Sommer Volker**, 68 Jahre, KG München-Ost
- Nerl Wilhelm**, 68 Jahre, KG Burglengenfeld

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

AUS DEN BEZIRKEN

Landesvorsitzender Helmut Bahr zu Besuch in Schwaben Süd/West

Am 09. Juli 2012 besuchte unser Landesvorsitzender Helmut Bahr den Schutzbereich des PP Schwaben Süd/West. Im Königswinkel, einem der schönsten Fleckerln unserer bayerischen Heimat, trafen sich Polizeipräsident Hans-Jürgen Memel, der Personalrats- und Bezirksvorsitzende Werner Blaha, sowie dessen Vertreter Peter Pytlik zu einem intensiven Arbeitsgespräch mit unserem Landesvorsitzenden. Die Gesprächsteilnehmer wurden von den Dienststellenleitern der Pfrontener Stationen, Kollegen Siegmund Gast (PStF Pfronten) und Kollegen Thomas Zeidler (Stellvertreter PSt Pfronten) herzlich begrüßt und überaus freundlich betreut. Hierfür nochmals ein ehrliches Dankeschön.

Die aktuelle Personalsituation, die Schleierfahndung und Betreuung des

Memminger Flughafens, der Doppelhaushalt 2013/14, die immer noch ausstehende neue Arbeitszeitverordnung und die stetig steigende Gewalt gegen unsere Kolleginnen und Kollegen waren Themen, die allgegenwärtig sind und die Führung sowie die Basis des Schutzbereiches bewegen. Ein gemeinsames Mittagessen beim „Franken“ mit „sauren Zipfeln“, einem fränkischen Schmankerl, rundete dieses kollegiale und konstruktive Gespräch ab. Allen Beteiligten, insbesondere unserem Präsidenten Hans-Jürgen Memel, sei an dieser Stelle nochmals herzlichst gedankt.

Wir haben alle das gleiche Ziel, und den Weg dorthin können wir ein ganzes Stück weit mitgestalten. Auch dies sind Eindrücke aus solchen Gesprächen.

Werner Blaha,
Vorsitzender BG Schwaben Süd/West



Beamtenversorgung – Rücklagen des Freistaates Bayern

Um die weiter steigenden Versorgungsausgaben für die Ruhestandsbeamten auch weiterhin zu sichern, legt der Freistaat Bayern gerade vor dem Hintergrund der ansteigenden Ruhestandsabgänge (der Höhepunkt der Versorgungslasten wird im Jahr 2034 erwartet) seit 1999 eine Versorgungsrücklage (0,2% von jeder linearen Gehaltserhöhung) und seit 2008 für jeden neu eingestellten Beamten monatlich zuletzt 526 € im sog. Versorgungsfond zurück. Die Mittel werden von der Münchner Filiale der Deutschen Bundesbank verwaltet und nach einer konservativen Anlagestrategie angelegt. Rund 83% der Anlagen sind daher festverzinsliche Rentenpapiere und 17% Aktienbeimischung. Obwohl die durchschnittliche

Rendite zehnjähriger Bundesanleihen gerade noch 1,65% in 2011 erbrachte, konnte die Gesamtrendite mit 2,63% erwirtschaftet werden. Insgesamt sind in dem Sondervermögen des Freistaates Bayern inzwischen 1,375 Mrd. € hinterlegt. Hinsichtlich der Wertentwicklung gab es in der Vergangenheit auf dem Kapitalmarkt bessere Chancen, so sind z. B. die seit 1999 bestehenden Versorgungsrücklagen mit rund 941 Mio. € Kapital versorgt worden, die bislang über 233 Mio. € Vermögenszuwachs infolge geschickter Anlagestrategie erwirtschaftet haben.

Im Verwaltungsbeirat sind auch die beiden beamtenrechtlichen Spitzenorganisationen (DGB und Beamtenbund) vertreten. Allerdings liegt inzwischen ein Ge-

setzesentwurf der Staatsregierung vor, der beide Sondervermögen zusammenfasst und vor dem Hintergrund eines baldmöglichst ausgeglichenen Staatshaushaltes die jährliche Einzahlung auf 100 Mio. € festzuschreiben will. Hier hat die GdP eine höhere Rate, zumindest aber die stetige Anpassung des Betrags an die Inflation gefordert, um die Pensionen weiterhin zu sichern. Bei der Berechnung der einzuzahlenden Mittel ist nämlich zu berücksichtigen, dass die Beamten mit einem Abzug von 0,2% bei jeder linearen Gehaltserhöhung einen inzwischen nicht unerheblichen Beitrag erbringen – laut vorliegendem Geschäftsbericht über das Sondervermögen waren dies in 2011 immerhin 71 Mio. €. *PSch*

SENIOREN

Ins Land der Franken fahren

3. Ausflug der bayerischen GdP-Senioren

Sicherlich habt ihr alle schon mal die Ortsnamen Nordheim, Volkach, Dettelbach oder Ober- und Untereisenheim gehört. Genau dorthin und zusätzlich dem Text des Frankenliedes entsprechend „den allerschönsten Sonnenschein lässt uns der Herrgott kosten“ bzw. „und seh' die Lande um den Main zu meinen Füßen liegen“, ging unser Ausflug.

Eine 2-tägige Entdeckungsreise – informativ, kulinarisch, landschaftlich und unterhaltsam einfach klasse und hervorragend ausgearbeitet und organisiert von unserem Dieter Schuster und seiner Truppe. Und trotz der nur 17 Teilnehmer mit Angehörigen aus Unterfranken, Mittelfranken, Oberbayern, München, Schwaben und Niederbayern konnten wir zwei wunderschöne Tage genießen. Der erste Tag begann mit einer Wanderung mit Traktorfahrt (der alte McCormick schaffte es gerade noch) durch die Weinberge, die mit Weinproben, der Wahl der Weinkönigin, Musik, Gesang und Tanz hervorragend ergänzt wurden. Mit einem gemütlichen Abend im Gasthaus „Rose“ in Obereisenheim, der Geburtsstätte des fränkischen Silvaners, klang der Tag aus. Mit einer Stadtrundfahrt durch Würzburg und der

Besichtigung des Käppele nahm der Ausflug seinen Abschluss.

Restüme:

Der schon verstorbene Medienmogul Leo Kirch wurde ebenso, wie auch die momentan amtierende fränkische Weinkönigin, in Fahr am Main geboren. Unser alter Fritz ist jetzt standesgemäß mit einer Königin verheiratet. Straubing hat erstmals zwei Prinzessinnen, nämlich Karin die Erste und Brigitte die Zweite. Der Künstler Friedensreich Hundertwasser hat sich mit dem Weinparadies in Untereisenheim verewigt. Eine fränkische Brotzeit ist besser und billiger als eine altbayerische.

Der Frankenwein oder auch „Krankenwein“ genannt, schmeckt von Glas zu Glas besser. Würzburg ist auch bei über 30 Grad im Schatten eine tolle Stadt. Wir Senio-

ren sind nicht fußkrank, und unser Langzeitgedächtnis funktioniert hervorragend. Leider mussten wir auch erfahren, dass der Spruch, dass „Wein alt und die Frauen jung“ sein müssen, nicht mehr gilt, sondern jetzt „junger Wein und junge Männer“ der Renner sind.

Rundum eine gelungene Sache. Wer nicht mitfährt ist selber schuld, denn bei uns passt die Richtung, ganz gleich, aus welcher Region wir kommen. Bei den GdP-Senioren ist Bayern gleich Bayern.

Günter Klinger



AUS DEN BEZIRKEN

Lohrer Polizei holt sich Meistertitel zurück

Bei strahlendem Sonnenschein und tropischen Temperaturen spielten die Polizeien des Kreises Main Spessart im Freibad Zellingen um den Titel des Kreismeisters im Beachvolleyball.

Die Polizisten aus Lohr holten sich beim dreizehnten Aufeinandertreffen den Titel zurück. Die weiteren Plätze belegten die PI Marktheidenfeld vor Karlstadt und Gemünden.

Herr Dr. Gsell, Bürgermeister der Gemeinde Zellingen begrüßte am Morgen die Mannschaften und wünschte den Teilnehmern faire und gute Spiele.

Im Laufe des Vormittags stiegen die Temperaturen auf über 30° Celsius. Nur mit geeignetem Sonnenschutz und guter körperlicher Fitness konnten die Polizis-



V. l.: Peter Rettinger, Wolfgang Spahn, Heribert Schmitt, Johannes Schuhmann, Daniela Sandrock, Heinz Werner Reuter, Oliver Ebert, Bernhard Klodt

ten die schweißtreibenden Spiele überstehen. Ein Sprung ins kalte Nass und ein Mittagessen waren der verdiente Lohn für die Strapazen.

Für das leibliche Wohl sorgten die beiden Gewerkschaften der Polizei. Herr

Wolfgang Spahn, Kreisvorsitzender der GdP, übergab den Spielern einen Verzehrsgutschein in Höhe von 5 €. Mit einer weiteren Geldspende in Höhe von 50 € bedankte er sich bei der Organisation.

Die Siegerehrung wurde von Peter Rettinger, als stellv. Inspektionsleiter der PI Karlstadt, vorgenommen. Er bedankte sich beim Sportübungsleiter Bernhard Klodt für die perfekte Ausrichtung des Turniers. Bei der Übergabe des DEBEKA-Siegerpokals an die

verdienten Gewinner aus Lohr, unterstrich Rettinger, dass derartige dienstsportliche Aktivitäten nicht nur der körperlichen Fitness dienen, sondern in hohem Maße auch den Teamgeist und das Wir-Gefühl innerhalb der Polizei fördern. **Bernhard Klodt**

2. Niederbayerisches Beachvolleyball-Event am 20. 7. 2012 in Plattling

Am Nachmittag des 20. 7. 2012 ließen es sich 45 Beschäftigte des PP Niederbayern nicht nehmen, den Beachvolleyballmeister der Polizei Niederbayern zu ermitteln. Nachdem die Meisterschaft 2011 im wahren Sinne des Wortes ins Wasser gefallen war, wurde es Zeit, einen neuen Sieger zu ermitteln. Organisiert wurde das Ganze von der GdP KG Deggendorf, Junge Gruppe, Herrn Roland Hackl. Als Spielleiter konnte Dieter Bohatschek von der



Die Sieger

VPI Deggendorf gewonnen werden. Für das leibliche Wohl sorgten bestens Peter Augustin und sein Sohn Richard.

Neun Mannschaften mit den unterschiedlichsten Namen wie z. B.: „Die Unwiderstehlichen“, „Nibelungen“, „Strandpiraten“, „Leider Geil“, „No Name“ und „Die Glorreichen 6“, um nur einige zu nennen, spielten auf zwei Gewinnsätze Sieger

und Verlierer aus. Das Spiel um Platz 3 konnten die „Bogener Voll Ei Ball“ der PI Bogen für sich entscheiden. Platz 2 sicherte sich die Mannschaft „Caipi Beachteam“ der PI Passau. Somit war klar, dass der Sieger aus 2010, die Mannschaft der PI Passau, abgelöst wurde. Der 1. Platz und somit Sieger des Turniers wurde die Mannschaft „Flying 4 LA“ von der Polizei Landshut. Sie waren die ganze Veranstaltung durch klar das beste Team.

Die Siegerehrung wurde von Roland Hackl und Andreas Holzhausen, KG Deggendorf, durchgeführt. Neben Urkunden, Sekt und Pokalen erhielt die Siegermannschaft Eintrittsgutscheine für das Deggendorfer Erlebnisbad, welche von der Signal Iduna, Herrn Reinhold Bircheneder, gesponsert wurden. Die KG Deggendorf bedankte sich bei allen Anwesenden. Die fleißigen Mithelfer wurden ebenfalls mit einem kleinen Geschenk bedacht. An der Cocktailbar fand die Veranstaltung in den Nachtstunden ihren Ausklang. Jeder Beteiligte war der Meinung, dass dieses Event im nächsten Jahr eine Neuauflage finden muss.

Andreas Holzhausen, KG Deggendorf



Die Zweitplatzierten



Schichtdienstumfrage – Votum für 12 Stunden

Aufgrund der Absichten des Innenministers, den Nachtdienst auf zehn Stunden zu kürzen, hat die GdP eine bayernweite Umfrage gestartet, die eine hohe Resonanz zeigte. Insgesamt wurden 8.081 Fragebögen an Schichtdienstler verteilt – wovon 4152 zurückkamen (51,4%). 1333 Kollegen/-innen votierten für zehn Stunden maximale Dauer des Nachtdienstes (davon einige wenige sogar nur für acht oder neun Stunden). Lediglich 270 wollten den Nachtdienst auf elf Stunden beschränken und die Mehrheit von über 60% (2504 Stimmen) votierten für die Beibehaltung von Zwölf-Stunden-Schichten.

Das, was die GdP bereits vermutet hatte, ist nun auch durch unsere Umfrage nachgewiesen. Viele Kolleginnen und Kollegen wollen, auch weil sie keine richtige Alternative sehen, weiterhin die Nachtschicht mit zwölf Stunden fahren. Denn die Stunde, die vorne und/oder hinten abgezackt wird, ist an Früh- oder

Spätschicht anzuhängen – und dies verursacht doch gerade im ländlichen Bereich oft mehr Probleme, als damit gelöst würden. Aus diesem Grund wird die GdP auch weiterhin dafür eintreten, dass neue flexible Arbeitszeitmodelle gerne ausprobiert, und bei Akzeptanz der Betroffenen auch dauerhaft eingeführt werden können, aber der Wille der Mehrheit auf einer Dienststelle soll entscheiden und nicht ein IMS aus dem „Hohen Hause“.

Ergänzend möchte ich auf die Ergebnisse einer Projektarbeit einer Studiengruppe der BayFHVR hinweisen, die erst im Mai 2012 anhand eines für zwei Wochen im Intranet des PP München bzw. des PP Oberbayern Nord eingestellten Fragebogens erstellt wurde. Hier wurden insgesamt 2150 Fragebögen ausgewertet, laut Selbstangabe waren 1178 davon durch Schichtler bearbeitet, von denen 74% im klassischen Vier-Schichten-Modell arbeiten. 1551 Kollegen/-innen des PP München und 599 des PP OBN erga-

ben eine Beteiligung von ca. 24% des Gesamtpersonalkörpers. Die Münchner Kollegen/-innen gaben ein klares Votum für die Dauer des Nachtdienstes von zehn Stunden (43%), während die Kollegen des PP OBN mit 41% die Zwölf-Stunden-Schicht bevorzugten. Bei der Frage, wie der Schichtdienst möglicherweise verbessert werden könnte, waren die meisten Antworten ganz im Sinne der GdP: 119-mal wurde mehr Personal gefordert, 150-mal das Fünf-Schichten-Modell (das in der Regel auch mehr Personal erfordert) und 135-mal eine Begrenzung auf zehn Stunden. 21% der Kollegen/-innen (25% PP M, 10% OBN) wollten die Nachtschicht sogar auf acht Stunden verkürzen. Fakt aus dieser Studie ist – so wie in den zu unserer eigenen Umfrageaktion erfolgten Zuschriften – die Unterschiedlichkeit der Verhältnisse zwischen Großstadt und Land. Auch deshalb kann es keine bayernweit einheitliche Lösung geben. *PSch*

GdP Bayern unterstützt das Lehrforschungsprojekt zum Thema „Gefahrensituationen im Polizeiberuf“

Mitglieder der sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Augsburg führen eine berufsinterne Untersuchung durch, die sich mit den einsatzbezogenen Gefahrensituationen im Dienstalltag von Polizeivollzugsbeamten beschäftigt. Polizeibeamte sind in ihrem alltäglichen Dienstgeschehen vielen schwierigen und teilweise auch gefährlichen Situationen ausgesetzt, in denen sie binnen kürzester Zeit oft weitreichende, professionelle Entscheidungen treffen müssen: Bei sogenannten „routinemäßigen“ Kontrollen, beim Schlichten von Konflikten im privaten Rahmen, bei der Regelung von Vorgängen im öffentlichen Raum oder im Umgang mit nicht bewusstseinsklaren Personen kann es jederzeit zu Gefahrenlagen kommen. Die Beamten befinden sich dabei immer wieder in Situationen, in denen sie grundsätzlich schnell, sicher und zielführend handeln müssen. Im Zuge dieses polizeisozialologischen, anonymen Lehrforschungsprojekts soll unter-

sucht werden, wie Polizeibeamte eben diese situativen Anforderungen als Amtspersonen erleben und wie sie ihnen professionell begegnen. Da diese spezifischen Tätigkeitsaspekte ausschließlich die Berufsgruppe der Polizeivollzugsbeamten betreffen, werden Experten-Interviews mit einsatzerfahrenen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten durchgeführt. Die persönlichen Erfahrungen der Kollegen in der Polizeiarbeit bilden dabei die Grundlage für die Erarbeitung eines wissenschaftlich fundierten Meinungsbildes dieser Berufsgruppe, welches zum umfassenden Verständnis des Einsatzalltages beitragen soll. Wer Interesse hat an dieser Untersuchung teilzunehmen und sich für ein Interview zur Verfügung stellen möchte, kann sich mit der Universität Augsburg in Verbindung setzen. Persönliche Daten werden selbstverständlich anonym behandelt. Nähere Einzelheiten können direkt mit den Verantwortlichen Maximilian Edel, Jan Pe-

ters oder Tobias Wagner besprochen werden.

Kontaktadresse: maxiedel90@yahoo.de

20 Jahre Studienjahrgang 1992/II – Fürstenfeldbruck

Am 19. 10. 2012 findet ab 16.00 Uhr im Hotel Landgasthof Hofmeier in Hetzenhausen das Jubiläumstreffen statt. Anschrift: Hauptstr. 6a, 85376 Hetzenhausen. Anfragen bitte an: christian-reinhard.hofmann@polizei.bayern.de

Die Organisatoren Christian Hofmann und Fred Brummer freuen sich auf euer Erscheinen.



WIR WOLLEN, DASS GdP-MITGLIEDER



DIE SONNE SEHEN

Die aktuellen Reisekataloge sind eingetroffen!

Lasst uns Euren ganz persönlichen Urlaubstraum planen – sonnige Fernreisen zu Traumstränden oder Wintersport in angesagten Ski- und Snowboardgebieten. Jetzt mit satten Frühbucherrabatten und sensationellen Ersparnissen. GdP-Mitglieder und deren Angehörige erhalten außerdem einen **5% Reisekostenzuschuss** bei Buchungen über unser Reisebüro „gdpservice-touristik“ auf:

- alle Pauschalreisen
- Kreuzfahrten
- Ferienwohnungen und Hotels mit Selbstanreise
- Kultur- und Studienreisen
- Reiseversicherungen
- Sonderangebote

www.gdpservicegmbh.de
Hotline: 089/57838824

